

Bekanntmachung

Die 09. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 08.11.2016 statt.

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 12.10.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2017 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0069/2016
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0066/2016
- 4.2 Sachstand zum Thema Prostitution, Frauenhandel und Modellwohnungen in Stralsund
- 4.3 Arbeitsplan 2017
- 5 Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Niederschrift
der 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 12.10.2016
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:55 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Kerstin Friesenhahn

Herr Harald Ihlo

Frau Anett Kindler

Frau Sabine Tiede

Vertreter

Frau Nicole Dibbern

Vertretung für Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Tino Rietesel

Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Protokollführer

Frau Birgit König

von der Verwaltung

Herr Holger Albrecht

Herr Peter Faasch

Frau Petra Koos

Frau Kristina Wilcke

Gäste

Herr Richard Kreuzberg

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 20.09.2016
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0038/2016
- 4.2 Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0066/2016

- 4.3 Weg am Moorteich sicher beleuchten
Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0086/2015
- 4.4 Aktueller Stand der Spielplatzentwicklungsplanung
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Stahlberg, geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

Frau Dr. Stahlberg bedankt sich zunächst für das in sie gesetzte Vertrauen bei der Wahl zur 1. Stellvertreterin der Ausschussvorsitzenden während der letzten Ausschusssitzung, an der sie leider nicht teilnehmen konnte.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 20.09.2016

Die Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 20.09.2016 wird mehrheitlich bestätigt.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 4 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: AN 0038/2016

Frau Dr. Stahlberg erläutert, dass der Ausschuss während der letzten Beratung zu diesem Thema übereinkam, eine Fraktionsberatung durchzuführen. Sie bittet daher zunächst um die Stellungnahmen der Fraktionen.

Frau Dr. Carstensen möchte zunächst wissen, wie die Umsetzung des in den Unterlagen befindlichen Aktionsplanes erfolgen soll.

Frau Kindler verweist auf die bereits geführte Beratung und auf die ausgeschriebene Stelle des Migrations- und Integrationsbeauftragten, zu der die Auswahlgespräche am 13.10.2016 stattfinden. Man hofft, dass die Netzwerkarbeit für dieses Bündnis innerhalb dieser Stelle wahrgenommen werden kann.

Frau Kindler betont, dass es einer UNESCO-Welterbestadt, die auch vom Tourismus lebt, sehr gut ansteht, dieser Organisation anzugehören. Gerade in der jetzigen Zeit ist es besonders für die Flüchtlinge wichtig, Ansprechpartner eines Netzwerkes zu haben.

Frau Dr. Stahlberg berichtet, dass seitens der CDU/FDP-Fraktion eingeschätzt wird, dass das Anliegen einen guten Ansatz bietet, jedoch bedeutet es hier auch einen Verwaltungsaufwand, der mit dieser einen Stelle nicht zu bewerkstelligen zu sein scheint. Die Stelle des Migrations- und Integrationsbeauftragten darf nicht derart überfrachtet werden, dass die Aufgabenerfüllung nicht gewährleistet werden kann.

Zusätzlich muss bedacht werden, dass die Stelle zunächst für 2 Jahre ausgeschrieben wurde. Was geschieht jedoch nach dieser Zeit?

Auch die tatsächlichen Kosten scheinen noch nicht wirklich überschaubar, so dass die CDU/FDP-Fraktion dem vorliegenden Antrag so nicht zustimmen kann.

Frau Kindler schätzt den Aufwand nicht so hoch. Insbesondere geht es um 500,00 € Beitrittsgebühr. Ansonsten sieht sie es als Bekenntnis der Stadt gegen Rassismus.

Herr Albrecht informiert, dass der Aufwand von Stadt zu Stadt unterschiedlich zu sehen ist. Es hängt vom Programm ab, das gemeinsam mit Verwaltung und Ausschuss erarbeitet werden sollte, wenn ein entsprechender Bürgerschaftsbeschluss zur Mitgliedschaft gefasst wird. Dennoch geht es um eine freiwillige Aufgabe, die Kosten verursacht.

Voraussichtlich könnte die zu besetzende Stelle einen Teil der Aufgaben miterledigen, aber in welchem Umfang dies möglich und nötig ist, vermag man jetzt noch nicht zu sagen. Es ist herauszufiltern, welche Vorhaben aus dem Aktionsprogramm in Stralsund umgesetzt werden sollen, wie groß der Arbeitsaufwand damit wird und ob man diese Aufgaben dieser Stelle überträgt. Eine heutige Bestätigung der Aufgabenübernahme kann durch Herrn Albrecht nicht erfolgen.

Auf die Frage von Frau Dibbern, wann der Arbeitsbeginn des Integrationsbeauftragten sein wird, antwortet Herr Albrecht, dass der Arbeitsbeginn spätestens zu Jahresbeginn 2017 sein soll.

Frau Dibbern erfragt, ob man nach der Probezeit, evtl. in einem halben Jahr, das Anliegen noch einmal beraten sollte, da man dann sicher die Aufgaben genauer benennen kann. Herr Albrecht kann sich dieses Vorgehen vorstellen.

Frau Friesenhahn befürwortet den Vorschlag ebenfalls. Somit besteht die Chance, den Antrag doch noch umsetzen zu können.

Herr Ihlo geht auf die Tätigkeit des Beauftragten ein und bestätigt ebenfalls den Vorschlag. Er sieht dennoch die Gefahr, dass Rechte in Stralsund demonstrieren. Auch mit Umsetzung des Antrages wird man dies nicht verhindern können.

Frau Kindler empfiehlt, in anderen Städten nachzufragen, um zu erfahren, wie man diese Mitgliedschaft ausfüllt. Schon die Mitgliedschaft sieht Frau Kindler als deutliches Zeichen gegen Rassismus.

Frau Tiede stimmt ebenfalls für ein Abwarten, um nicht den Integrationsbeauftragten von Anfang an mit dieser zusätzlichen Aufgabe zu überfordern.

Frau Dr. Carstensen sieht keine Aufgabenüberfrachtung. Sie möchte weiter den Kampf gegen Rassismus führen. Das Programm empfindet sie nicht als überdimensioniert, vielmehr gehe es doch um Leitlinien, die in den Köpfen der Menschen existieren sollten.

Frau Kindler empfindet diese Aufgabe fast als Bedingung für die Stellenausschreibung. Sie bittet eindringlich, Stralsund in dieses Bündnis aufzunehmen.

Frau Dr. Stahlberg fasst zusammen, dass eine umfangreiche Diskussion im Ausschuss dazu führte, die Einarbeitungszeit des Migrations- und Integrationsbeauftragten abzuwarten. Eine erneute Beratung zum Thema sollte in der April-Sitzung des Jahres 2017 stattfinden.

Diesem Vorschlag stimmen die Ausschussmitglieder wie folgt zu:

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 4.2 Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0066/2016

Frau Wilcke informiert, dass es einen Vorschlag für Knieper West gibt, da hier das Hundeaufkommen am höchsten ist.

Es ist jedoch noch eine Detailabstimmung mit einem angrenzenden Grundstücksnutzer erforderlich. Deshalb die bitte Frau Wilcke, die Angelegenheit nochmals auf nächste Tagesordnung zu setzen.

Herr Rietesel macht darauf aufmerksam, dass es in der Nähe von Knieper West genügend Möglichkeiten des Auslaufes für Hunde gibt, jedoch in der Innenstadt kaum etwas vorhanden ist.

Frau Kindler erfragt spezielle Bedingungen für einen ausgewiesenen Hundeplatz. Frau Wilcke bestätigt, dass sicher Anforderungen an einen derartigen Platz gestellt werden, bittet jedoch nochmals, diese Frage bei der Beratung in der nächsten Sitzung klären zu können.

Frau Dr. Stahlberg macht darauf aufmerksam, dass ggf. auch Gewerbeflächen in die Auswahl einbezogen werden sollte.

Abschließend erklärt Frau Dr. Stahlberg, dass die Angelegenheit nochmals Beratungsgegenstand der nächsten Sitzung am 08.11.2016 sein wird.

zu 4.3 Weg am Moorteich sicher beleuchten
Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0086/2015

Frau Wilcke berichtet, dass die Verwaltung 3 Hauptvarianten untersuchen lassen hat. Es gab Detailuntersuchungen für DIN-gerechte Mastleuchten und Pollerleuchten in verschiedenen Varianten. Die Bruttoherstellerekosten liegen zwischen 140.000,00 € bis 260.000,00 €. Da diese Kosten sehr hoch sind, gab es im Nachhinein auch eine Untersuchung für eine nicht DIN-gerechte Variante mit Pollerleuchten, welche jedoch auch mit 120.000,00 € zu beziffern wäre. Hier ist dann auch zu beachten, dass es zu Problemen kommen könnte, wenn etwas passiert.

Die Präsentation der Untersuchungen fand bereits im Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung statt, die entsprechenden Unterlagen wurden bereits an die Fraktionen übergeben. Dort könnte für technische Details Einsicht genommen werden.

Frau Dr. Stahlberg führt aus, dass die nicht DIN-gerechte Variante auf keinen Fall in Erwägung gezogen werden sollte, da bei evtl. Unfällen die Stadt regresspflichtig wäre. Herr Faasch bestätigt diese Auffassung.

Frau Dr. Stahlberg schlägt vor die Haushaltssituation zu prüfen oder man verständigt sich gleich darauf, dass das Vorhaben zurzeit aus finanziellen Gründen nicht umsetzbar ist.

Frau Kindler erfragt, ob der bereits sanierte Weg wieder aufgenommen werden müsste.

Herr Faasch berichtet, dass dies im Seitenbereich erledigt werden könnte.

Frau Dibbern interessiert, wie hoch die Nutzung des Weges in der Winterzeit ist. Diese Frequenz sollte für eine Entscheidungsfindung hinzugezogen werden.

Frau Wilcke teilt mit, dass es dazu keine Erhebungen gibt.

Frau Kindler erörtert, dass es seinerzeit um die Jogger ging, die dort ihre Runden laufen, weniger um die Radfahrer und Fußgänger. Für Frau Kindler zählt eher der Gedanke, dass eine Achse von der Innenstadt in Richtung Knieper West fehlt.

Auf die Frage von Frau Dibbern, ob die Beleuchtung die dortigen Vögel stört und es somit zu Vertreibungen kommen könnte, erklärt Herr Faasch, dass es noch keine naturschutzrechtlichen Überprüfungen gab.

Frau Dr. Stahlberg stellt abschließend fest, dass das Ergebnis der Beratung der Ausschussmitglieder zum Antrag dahingehend ausfällt, dass dieser derzeit nicht umsetzbar ist und damit nicht weiter bearbeitet werden sollte.

Hierzu liegt die Zustimmung aller anwesenden Ausschussmitglieder vor.

Der Präsident der Bürgerschaft wird entsprechend informiert.

zu 4.4 Aktueller Stand der Spielplatzentwicklungsplanung

Frau Koos erläutert die zur Sitzung ausgegebene Stellungnahme der Verwaltung zu den Spielplätzen in der Hansestadt Stralsund und geht dabei auf die einzelnen Abschnitte wie

- Sachstandsbericht Spielplätze der Hansestadt Stralsund
- Sachstand Umsetzung „Prioritätenliste Spielraumentwicklungsplanung 2014 (SREP)“ und
- Übersicht über kommunale und private Spielplätze

ein.

Frau Kindler verweist auf die Antwort von Herrn Bogusch in der Bürgerschaftssitzung zum Spielplatz im Baugebiet Wiesenweg und erfragt, ob dieser Spielplatz in den vorliegenden Unterlagen zu finden sei.

Frau Koos berichtet, dass dort ein Spielplatz in Verantwortung der SES entstehen wird.

Auf Nachfrage von Frau Dibbern erläutert Frau Koos die Altersgruppe. So sind in der AK 2 Kinder von 6-12 Jahren geplant und in der AK 3 ab 12 – 18.

Frau Friesenhahn erklärt, dass seit Jahren über den Spielplatz im Philipp-Julius-Weg gesprochen wird und seit Jahren die SWG mbH in die Pflicht genommen werden soll. Das Kinderaufkommen in dem Wohngebiet Philipp-Julius-Weg ist groß, doch leider geschieht hier nichts.

Sie erfragt, was man tun kann, um die SWG mbH in die Pflicht zu nehmen.

Frau Koos sieht nur die Möglichkeit, dass sich die Anwohner zusammenschließen und die SWG mbH unter Druck zu setzen. Seitens der Verwaltung besteht hierfür keine Möglichkeit.

Frau Kindler gibt den Hinweis, dass die Aufsichtsratsmitglieder der Fraktionen entsprechend reagieren können.

Frau Dr. Stahlberg informiert, dass in diesem Jahr der Spielplatz in der Mariakronstraße erneuert wurde, bei dem der Zaun sehr nah an der Straße ist, so dass Jogger, Radfahrer und Fußgänger keine Möglichkeit der Nutzung des Weges mehr haben.

Sie möchte dies als Hinweis geben, um dies bei künftigen Sanierungen zu beachten.

Frau Koos berichtet, dass dies mit Absicht so gestaltet wurde, um den Platz derart abzugrenzen. Jogger, Fußgänger und Radfahrer sollten den Weg auf der anderen Straßenseite nutzen.

zu 5 Verschiedenes

- **Kita Spielkiste**

Frau Friesenhahn berichtet, dass die Kita Spielkiste, zur AWO gehörend, stark sanierungsbedürftig ist. Leider scheitert dies aber am Nicht-Verkauf durch die Stadt.

Frau Friesenhahn erbittet nähere Informationen zur Größe des Grundstückes und zur Begründung der Ablehnung des Verkaufs. Wenn daran eine Sanierung scheitern sollte, sollte man eine nochmalige Beratung im Ausschuss durchführen.

Sie erbittet seitens der Verwaltung Informationen zum Stand der Angelegenheit.

Frau Dr. Stahlberg gibt weitere Informationen zur Kita und betont, dass wirklich hoher Sanierungsbedarf besteht. Sie erfragt, ob eine entsprechende Anfrage an die Verwaltung gestellt werden soll.

Die Ausschussmitglieder stimmen einer Anfrage an die Verwaltung wie folgt zu:

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Frau Dibbern erfragt die Verfahrensweise zur Anfrage.

Die Ausschussmitglieder kommen überein, eine Stellungnahme der Verwaltung zur nächsten Sitzung zu erbitten. Diese sollte im nichtöffentlichen Teil der Sitzung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Frau Dibbern schlägt vor, seitens der AWO Frau Geißler ebenfalls einzuladen, um im öffentlichen Teil der Sitzung eine Problemvorstellung seitens der AWO zu erhalten.

- **Arbeitsplan 2017**

Frau Dr. Stahlberg gibt den Hinweis zur Erarbeitung des Arbeitsplanes 2017 und erbittet zur nächsten Sitzung Vorschläge der Ausschussmitglieder

- **Besuch des Sicherheitstechnischen Zentrums – nächste Sitzung**

Nach Abwägung kommen die Ausschussmitglieder überein, vor der nächsten Sitzung (16:00 Uhr) das Sicherheitstechnische Zentrum zu besichtigen. Die sich anschließende Sitzung findet um 17:00 Uhr im Rathaus statt.

Frau Dr. Stahlberg bittet um rege Teilnahme an der Besichtigung.

Eine entsprechende Einladung wird den Ausschussmitgliedern zugehen.

Da es im nichtöffentlichen Teil keinen Redebedarf gibt, schließt Frau Dr. Stahlberg die Sitzung und bedankt sich bei allen Anwesenden.

gez. Frau Dr. Annelore Stahlberg
1. Stellvertretende Vorsitzende

gez. Birgit König
i.V. Protokollführung

Titel: Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2017 der Hansestadt Stralsund

Federführung: 20 Kämmereiamt	Datum: 24.10.2016
Bearbeiter: Steinfurt, Gisela	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	03.11.2016	

Sachverhalt:

Nach § 45 Abs. 1 KV M-V hat die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen. Bevor die Bürgerschaft die Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2017 der Hansestadt Stralsund beschließt, ist der vorliegende Haushaltsplanentwurf nach § 36 Abs. 2 KV M-V unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe in den Ausschüssen der Bürgerschaft zu beraten.

Lösungsvorschlag:

Auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung sowie der Orientierungsdaten des Ministeriums für Inneres und Sport für die Haushaltsplanung 2017 vom 29.09.2016 wurden die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2017 der Hansestadt Stralsund erstellt. Der Planentwurf umfasst folgende Bände:

- Band I - Vorbericht, Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Stellenplan,
- Band II - Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmen,
- Band III - Jahresabschlüsse der städtischen Unternehmen,
- Band IV - Städtebauliche Sondervermögen.

Der Band I wird zur 1. Lesung am 03.11.2016 bereitgestellt. Die Bände II bis IV werden zeitnah nachgereicht.

In den darauffolgenden Wochen sollen in den Fraktionen und Ausschüssen der Bürgerschaft intensive und konstruktive Abstimmungen und Diskussionen geführt werden, so dass der Haushaltsplanentwurf 2017 am 01.12.2016 durch die Bürgerschaft beschlossen werden kann.

Alternativen:

Keine

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Entwürfe der Haushaltssatzungen und der Haushaltspläne 2017 werden in die Ausschüsse der Bürgerschaft verwiesen und unter Federführung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe beraten.

Finanzierung:

Die Erträge/Einzahlungen und Aufwendungen/Auszahlungen werden im Rahmen des Haushaltsplanes 2017 festgesetzt.

Termine/ Zuständigkeiten:

Sofort/ Kämmereiamt

Band I

gez. Dr.-Ing. Alexander Badrow

Titel: Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 16.06.2016
Einreicher: Bauschke, Stefan	

Beratungsfolge	Termin	
----------------	--------	--

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob städtische Flächen - insbesondere in absehbarer Zeit nicht genutzte Gewerbeflächen oder Teile davon - als Hundeplatz genutzt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vorzulegen.

Begründung: Umzäunte Hundeplätze bieten Hundebesitzern die Möglichkeit, ihre Tiere eigenständig frei laufen zu lassen, ohne dabei andere zu belästigen oder zu gefährden.

Stefan Bauschke
CDU/FDP-Fraktion

TOP Ö 4.1

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Sitzungsdienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP : 9.2

Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund

Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0066/2016

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob städtische Flächen - insbesondere in absehbarer Zeit nicht genutzte Gewerbeflächen oder Teile davon - als Hundeplatz genutzt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vorzulegen.

Beschluss-Nr.: 2016-VI-05-0428

Datum: 07.07.2016

Im Auftrag

gez. Kuhn

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 07.07.2016

Zu TOP : 9.2

Prüfauftrag: Hundeplatz in Stralsund

Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0066/2016

Herr Bauschke verzichtet auf eine ausführliche Begründung des Antrages.

Herr Adomeit wird dem Antrag nicht zustimmen, da er das erforderliche Geld anderweitig einsetzen möchte.

Frau Fechner teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag befürwortet.

Der Präsident stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob städtische Flächen - insbesondere in absehbarer Zeit nicht genutzte Gewerbeflächen oder Teile davon - als Hundeplatz genutzt werden können. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sowie dem Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vorzulegen.

Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2016-VI-05-0428

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 08.08.2016

TOP Ö 4.1

Auszug aus der Niederschrift über die 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 12.10.2016

Zu TOP : 4.1

Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage: AN 0038/2016

Frau Dr. Stahlberg erläutert, dass der Ausschuss während der letzten Beratung zu diesem Thema übereinkam, eine Fraktionsberatung durchzuführen. Sie bittet daher zunächst um die Stellungnahmen der Fraktionen.

Frau Dr. Carstensen möchte zunächst wissen, wie die Umsetzung des in den Unterlagen befindlichen Aktionsplanes erfolgen soll.

Frau Kindler verweist auf die bereits geführte Beratung und auf die ausgeschriebene Stelle des Migrations- und Integrationsbeauftragten, zu der die Auswahlgespräche am 13.10.2016 stattfinden. Man hofft, dass die Netzwerkarbeit für dieses Bündnis innerhalb dieser Stelle wahrgenommen werden kann.

Frau Kindler betont, dass es einer UNESCO-Welterbestadt, die auch vom Tourismus lebt, sehr gut ansteht, dieser Organisation anzugehören. Gerade in der jetzigen Zeit ist es besonders für die Flüchtlinge wichtig, Ansprechpartner eines Netzwerkes zu haben.

Frau Dr. Stahlberg berichtet, dass seitens der CDU/FDP-Fraktion eingeschätzt wird, dass das Anliegen einen guten Ansatz bietet, jedoch bedeutet es hier auch einen Verwaltungsaufwand, der mit dieser einen Stelle nicht zu bewerkstelligen zu sein scheint. Die Stelle des Migrations- und Integrationsbeauftragten darf nicht derart überfrachtet werden, dass die Aufgabenerfüllung nicht gewährleistet werden kann.

Zusätzlich muss bedacht werden, dass die Stelle zunächst für 2 Jahre ausgeschrieben wurde. Was geschieht jedoch nach dieser Zeit?

Auch die tatsächlichen Kosten scheinen noch nicht wirklich überschaubar, so dass die CDU/FDP-Fraktion dem vorliegenden Antrag so nicht zustimmen kann.

Frau Kindler schätzt den Aufwand nicht so hoch. Insbesondere geht es um 500,00 € Beitrittsgebühr. Ansonsten sieht sie es als Bekenntnis der Stadt gegen Rassismus.

Herr Albrecht informiert, dass der Aufwand von Stadt zu Stadt unterschiedlich zu sehen ist. Es hängt vom Programm ab, das gemeinsam mit Verwaltung und Ausschuss erarbeitet werden sollte, wenn ein entsprechender Bürgerschaftsbeschluss zur Mitgliedschaft gefasst wird.

Dennoch geht es um eine freiwillige Aufgabe, die Kosten verursacht.

Voraussichtlich könnte die zu besetzende Stelle einen Teil der Aufgaben miterledigen, aber in welchem Umfang dies möglich und nötig ist, vermag man jetzt noch nicht zu sagen. Es ist herauszufiltern, welche Vorhaben aus dem Aktionsprogramm in Stralsund umgesetzt werden sollen, wie groß der Arbeitsaufwand damit wird und ob man diese Aufgaben dieser Stelle überträgt. Eine heutige Bestätigung der Aufgabenübernahme kann durch Herrn Albrecht nicht erfolgen.

Auf die Frage von Frau Dibbern, wann der Arbeitsbeginn des Integrationsbeauftragten sein wird, antwortet Herr Albrecht, dass der Arbeitsbeginn spätestens zu Jahresbeginn 2017 sein soll.

Frau Dibbern erfragt, ob man nach der Probezeit, evtl. in einem halben Jahr, das Anliegen noch einmal beraten sollte, da man dann sicher die Aufgaben genauer benennen kann. Herr Albrecht kann sich dieses Vorgehen vorstellen.

Frau Friesenhahn befürwortet den Vorschlag ebenfalls. Somit besteht die Chance, den Antrag doch noch umsetzen zu können.

Herr Ihlo geht auf die Tätigkeit des Beauftragten ein und bestätigt ebenfalls den Vorschlag. Er sieht dennoch die Gefahr, dass Rechte in Stralsund demonstrieren. Auch mit Umsetzung des Antrages wird man dies nicht verhindern können.

Frau Kindler empfiehlt, in anderen Städten nachzufragen, um zu erfahren, wie man diese Mitgliedschaft ausfüllt. Schon die Mitgliedschaft sieht Frau Kindler als deutliches Zeichen gegen Rassismus.

Frau Tiede stimmt ebenfalls für ein Abwarten, um nicht den Integrationsbeauftragten von Anfang an mit dieser zusätzlichen Aufgabe zu überfordern.

Frau Dr. Carstensen sieht keine Aufgabenüberfrachtung. Sie möchte weiter den Kampf gegen Rassismus führen. Das Programm empfindet sie nicht als überdimensioniert, vielmehr gehe es doch um Leitlinien, die in den Köpfen der Menschen existieren sollten.

Frau Kindler empfindet diese Aufgabe fast als Bedingung für die Stellenausschreibung. Sie bittet eindringlich, Stralsund in dieses Bündnis aufzunehmen.

Frau Dr. Stahlberg fasst zusammen, dass eine umfangreiche Diskussion im Ausschuss dazu führte, die Einarbeitungszeit des Migrations- und Integrationsbeauftragten abzuwarten. Eine erneute Beratung zum Thema sollte in der April-Sitzung des Jahres 2017 stattfinden.

Diesem Vorschlag stimmen die Ausschussmitglieder wie folgt zu:

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Constanze Schütt

Stralsund, 24.10.2016